



Leinfelden-Echterdingen – wo sonst.

**Stabsstelle für
Grundsatzangelegenheiten,
Öffentlichkeitsarbeit und
Stadtmarketing**

Marktplatz 1
70771 Leinfelden-Echterdingen
Telefon (0711) 1600-240
Telefax (0711) 1600-269

Pressemitteilung

der Großen Kreisstadt Leinfelden-Echterdingen, 09.01.2018

Antrittsrede von OB Klenk am 9. Januar 2018

Bei der Vorbereitung auf diese Rede gab es mancherlei zu bedenken. Rede ich kurz, rede ich lang? Um Sie nicht auf die Folter zu spannen, ich habe mich für die kürzere Variante entschieden.

Spreche ich alle wichtigen Themen an? Würde ich es tun, dann wäre es aber wieder um die Kürze der Ansprache geschehen, weil es im Gesamtgeschehen einer Stadt, in diesem reich instrumentierten Orchester, keine unwichtigen Dinge gibt. Erste Geige und Triangel, beide gehören dazu!

Gibt es neue Katzen aus dem Sack zu lassen? Nein. Die erste Enttäuschung, oder auch nicht? Immerhin eine Katze ist heute aus dem Sack gelassen worden. Eine, die als Tiger gesprungen und nun als Bettvorleger gelandet zu sein scheint. Mehr sage ich dazu jetzt nicht, sonst verderbe ich mir womöglich meinen Ruf als ein für gewöhnlich diplomatisch agierender OB.

Das Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre ist inhaltlich und umfänglich so reich bemessen, dass es aus heutiger Sicht kaum zu bewältigen scheint. Wir wollen aber nicht verzagen, sondern uns, das heißt Gemeinderat und Stadtverwaltung, die beiden Bürgermeisterkollegen und natürlich ich selbst auch engagiert in den Dienst unserer Bürgerinnen und Bürger stellen.

Das Jahr 2018 ist ein Jahr ohne Wahlgänge. Das heißt, so recht weiß man es noch nicht; ich bin mal gespannt, wie lange die große Politik sich noch Zeit mit der Regierungsbildung lässt. Deshalb sollten wir alle uns der Versuchung enthalten und keine vermeintlichen oder tatsächlichen Gefälligkeitsentscheidungen treffen. Der einzige Maßstab ist die Orientierung am Gemeinwohl. Dazu haben wir uns verpflichtet.

Eine weitere Überlegung: verlese ich einfach noch einmal meine Rede von der Kandidatenvorstellung vom 26. Oktober vergangenen Jahres?

Womöglich würde das fast niemand merken. Inhaltlich könnte ich jedes Wort wiederholen und zu jeder dort getroffenen Aussage stehen. Und in diesen drei Monaten seither hat sich nichts so verändert, als dass ich mich anders positionieren müsste. Es ist sowieso nicht meine Art, alle Naselang mit geänderten Ansichten ums Eck zu kommen. Dabei wird's auch bleiben.

Und weil das so ist, habe ich Ihnen meine Rede zur Kandidatenvorstellung auf Ihren Plätzen auslegen lassen. Alles was dort zu lesen ist, gilt unverändert, auch nach der Wahl.

Vor einer Woche und am vergangenen Freitag erschienen große Interviews in Filder-Zeitung und Esslinger Zeitung, wo ich zu verschiedenen Themen Position bezogen habe. In der jüngst zurückliegenden Haushaltsdebatte habe ich mich ebenfalls zu allen relevanten Punkten geäußert. Dies alles kennen Sie und deshalb will ich heute nicht noch einmal alles ansprechen.

Wenn ich am heutigen Tag vor Sie hintreten darf, um meinen Amtseid zu erneuern, so bin ich von großer Freude, vor allem aber großer Dankbarkeit erfüllt. Das große Vertrauen, das Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, mir am Wahltag erwiesen haben, ist mir auch für diese dritte Amtsperiode nicht Last, sondern Ansporn.

Nicht wenige haben mich darauf aufmerksam gemacht, welch hohes Maß an Freiheit mir durch das Votum der Bürger unserer Stadt verliehen wurde. Und jetzt solle ich doch mal richtig reinlangen. Ich bin mir durchaus nicht sicher, ob alle dasselbe gemeint haben, als sie diese Aufforderung ausgesprochen haben.

Und deshalb werde ich mich auch künftig bemühen, meine Meinungsbildung mit der notwendigen Sorgfalt anzugehen und Lösungen zu suchen, die niemanden das Gesicht verlieren lassen. Schließlich wollen wir doch alle miteinander in unserer Stadt gut leben und uns auch am nächsten Tag begegnen können.

Vom ersten Tag meiner Amtsausübung an war mir das wichtig. Trotzdem habe ich zu allen Themen immer klar Position bezogen. Meine gute Erfahrung damit ist, dass die Menschen dies durchaus zu schätzen wissen, auch wenn sie vielleicht anderer Ansicht sind. Man mag es, zu wissen woran man ist. Auch dabei wird ´s bleiben.

Ich bin ein Optimist. Pessimisten und Misanthropen ist davon abzuraten, den Beruf des Bürgermeisters zu ergreifen. Was aber auch sein muss, um diesen Beruf auszuüben, ist, Realist zu sein.

„Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit“, hat einst der erste SPD-Vorsitzende der Nachkriegszeit, Kurt Schumacher, gesagt. Die nüchterne Wahrnehmung und Einordnung des als relevant zu Betrachtenden ist eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit. Und wo kann man diese Wirklichkeit besser betrachten als in den Städten und Gemeinden? Wo wird man tagtäglich mit den Sorgen und Bedürfnissen der Menschen unmittelbarer konfrontiert, als bei den Begegnungen mit ihnen im alltäglichen Geschehen?

Wir, die wir betraut sind, Politik auf der kommunalen Ebene zu gestalten und zu verantworten, wissen das und tun gut daran, dies zu beherzigen.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber die Themen Sicherheit und Gewaltbereitschaft, die ja im unmittelbaren Zusammenhang stehen, treiben mich seit einiger Zeit ganz besonders um.

Gottseidank nicht im unmittelbar zu erlebenden Umfeld unserer Stadt, die, noch?, als sicher gelten darf. Der Polizeipräsident wird uns im März in einer öffentlichen Veranstaltung die Einschätzung zur allgemeinen und zur Lage vor Ort geben. Die Bürgerinnen und Bürger sind dazu schon jetzt herzlich eingeladen.

Unabhängig davon, was wir von ihm hören werden, will ich doch einige Bemerkungen zu dieser Thematik machen. Auch, weil ich sicher bin, dass sehr viele dazu in Sorge sind und Erwartungen an die Politik haben, unabhängig von den eigenen politischen Präferenzen.

Hooligans in den Fußballstadien, kaum für möglich gehaltene Ausbrüche von Gewalt z.B. beim letzten G20-Gipfel in Hamburg, unsichere Räume in den Städten, Parks, Bahnhöfen, Haltestellen, die Furcht vor der Nutzung von S- und U-Bahnen insbesondere abends und in der Nacht sind nur Beispiele.

Fünf Meldungen der Medien aus dem Zeitraum seit Neujahr, eine hohe Anzahl weiterer hätte sich mühelos finden lassen:

- „Massenschlägerei in Velbert; Polizei muss Warnschüsse abgeben.“ Der Hass der Schläger richtete sich in bedrohlicher Weise gegen die zur Schlichtung eingetroffene Polizei.
- „Verwahrloste zehn- bis zwölfjährige Kinder greifen Polizisten an.“
- Ein Berliner Feuerwehrkommandant berichtet zu Neujahr von mindestens 57 Vorfällen gewalttätiger Angriffe auf Feuerwehrleute und Sanitäter im Einsatz.
- In der Nacht zum letzten Samstag ein Angriff auf zwei Rettungssanitäter im Einsatz.

Die Gewerkschaft der Polizei spricht von „unfassbaren Zuständen“.

Der Präsident der Ärzteschaft, Ulrich Montgomery mit folgender Bemerkung hierzu: „Die Politik muss dringend einen Kulturwandel befördern, damit man wieder begreift, dass diese Menschen Retter und Helfer sind“.

Ein jahrelang beim Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr tätiger Mann hatte nun die Geschäftsidee, Rettungssanitätern, Feuerwehrleuten und Polizisten Selbstverteidigung und taktische Eigensicherung beizubringen. Er ist glänzend im Geschäft. Ist das die Form von Start-Up-Unternehmen die unser Land wirklich braucht?

Ich erinnere mich sehr gut aus meiner Zeit in Lahr, als wegen der zunehmenden Problematik von Gewalt an der Schule, gemeinsam mit der Polizei eine Fragebogenaktion mit den Schülern durchgeführt wurde. Die Auswertung war so eindeutig, wie sie nur sein konnte. Die jungen Menschen forderten in ihrer überwältigenden Mehrzahl bei der Frage, was gegen Gewalt an der Schule zu tun sei:

Regeln aufstellen

Regeln einhalten

Regelverstöße bestrafen.

An dieser Erwartung an uns hat sich nach meiner festen Überzeugung bis heute nichts geändert. Sind wir ihr gerecht geworden? Ich lasse diese Frage bewusst im Raum stehen.

Eine weitere Frage will ich stellen: müssen wir nicht unseren Kompass in Sachen Sicherheit und Gewalt, Gewaltprävention neu justieren?

Fast alle besitzen Smartphones und fast alle von diesen Smartphonebesitzern lassen sich durch die Nutzung von Online-Diensten und zahlreicher Apps, die vermeintlich oder tatsächlich das Leben erleichtern, sehr tief in die persönlichen Karten schauen. Gleichzeitig führen wir endlose Debatten, wenn es darum geht, im öffentlichen Raum aus Sicherheitsgründen eine Videokamera einzurichten.

Wer sich dem Verdacht ausgesetzt hat, betrunken am Steuer zu sitzen, kann gegebenenfalls unter Anwendung körperlicher Gewalt zur Abgabe einer Blutprobe gezwungen werden. Wer eines Tötungsdeliktes überführt ist, ja sogar dieses zugegeben hat, kann gegen seinen Willen nicht zu einer Röntgenaufnahme des Handwurzelknochens zur Feststellung seines Alters veranlasst werden.

Meine Damen und Herren, ich hätte auch Themen wie Pflege, Rente, bezahlbarer Wohnraum, Klimaschutz, Schutz vor Lärm und schlechter Luft, Bildung oder Verkehr und viele andere herausgreifen können. Allesamt sind sie für die Zukunft sehr wichtig und werden und müssen die künftigen Debatten sehr stark bestimmen.

Ich habe heute Gewalt und Sicherheit in den Mittelpunkt gestellt, weil ich zu bemerken meine, dass wir über entsprechende Erlebnisse und Meldungen zwar Entsetzen und Mitgefühl empfinden, jedoch sich gleichzeitig eine fatale Form der Gleichgültigkeit gegenüber der Problematik bis hin zu einer resignativen Gewöhnung an Zustände entwickelt hat.

Und weil ich dieses Thema für unser alltägliches Leben als viel zu bedeutsam erachte, um sie der exklusiven Betrachtung durch Populisten und Radikale zu überlassen.

Wie oft höre ich die Sorge von Mitbürgern, gerade als Radikale oder Populisten bezeichnet zu werden, wenn sie ihre Sorgen um die tägliche Sicherheit, gegen die zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft äußern. Wenn sie deutliche Erwartungen an die Politik richten.

Denen möchte ich ein wenig Mut machen, sich zu äußern.

Wer innere Sicherheit und Gewaltfreiheit fordert, ist kein politischer Extremist, sondern reklamiert selbstverständliche, grundlegende Voraussetzungen für ein freies und würdevolles Leben.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. So unser Grundgesetz in Artikel 1.

Es geht also in zwei Richtungen: der Staat hat einerseits die Menschen vor der Nichtachtung von deren Würde durch sich selbst, andererseits, und da sehe ich die großen Defizite, vor den Angriffen Dritter auf die körperliche und seelische Integrität des einzelnen zu schützen.

Der Staat auf allen seinen Ebenen: Parlamente, Regierungen und Gerichtsbarkeit, in Bund, Land und Kommunen.

Die Bereitschaft zu einem friedvollen Miteinander, Respekt und gegenseitigem Verständnis, Hilfsbereitschaft und Toleranz, die Achtung des Rechts sind Werte unserer Gesellschaft, die wir uns nur gemeinsam bewahren können und auch müssen.

Dies gilt dringlicher denn je. Wir brauchen in unserem Land den vielzitierten Aufstand der Anständigen. Derer, die diese Werte leben und bewahren wollen.

Wenn ich auf unsere Stadt blicke, dann sehe ich eine lebendige Kultur des Miteinander und Füreinander. Gemeinderat und Stadtverwaltung sehen sich über die politischen Grenzen hinweg in der Pflicht, dies zu erhalten und zu fördern. Eine Atmosphäre zu schaffen, die neu hinzugezogene Bürgerinnen und Bürger, gleich welcher Nationalität, einlädt, mitzumachen und sich nicht abseits zu stellen.

An der Spitze dieser Bewegung will und darf ich stehen.